



Deutscher FamilienVerband

Der Familie verpflichtet

Landesverband Berlin e.V.



50 Jahre
Deutscher Familienverband
Landesverband Berlin e.V.

**50 Jahre
Deutscher Familienverband
Landesverband Berlin e.V.**

Grußwort des Senators für Bildung, Jugend und Sport

Der Deutsche Familienverband, Landesverband Berlin e.V., setzt sich seit nunmehr 50 Jahren für die Interessen der Familien in unserer Stadt ein. Dazu meinen Glückwunsch, aber auch meine Anerkennung für die Arbeit der vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter des DFV.

Angesichts der gravierenden demographischen Schwierigkeiten, die auf unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zukommen, wird die Bedeutung der Familie steigen.

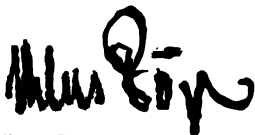
Diese Entwicklung muss Politik fördern, indem sie Rahmenbedingungen für einen gerechten Familienleistungsausgleich und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft. Es darf kein soziales Gefälle zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern geben. Bei Familien mit zwei und mehr Kindern ist die Grenze zur Armutsschwelle oft schon erreicht. In Anbetracht des ohnehin ungünstigen demographischen Trends dürfen Kinder kein weiteres Armutsrisiko darstellen. Insbesondere allein erziehende Väter und Mütter müssen vor einem sozialen Abstieg bewahrt werden.

Die Doppelbelastung durch Familie und Beruf ist für viele Mütter eine schwere Last. Beides miteinander zu vereinbaren, braucht gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und eine familienfreundlichere Arbeitszeitgestaltung. Übrigens: In Berlin gibt es ein deutschlandweit einmaliges Betreuungsangebot für Kinder. Wir nehmen die Förderung von Familien sehr ernst.

Familien müssen aber auch durch Bildung und Beratung unterstützt werden, den immer neuen Herausforderungen unserer Zeit besser gerecht werden zu können. Familienbildung und Familienberatung müssen dafür ausreichend gefördert werden.

In den fünf Jahrzehnten, in denen sich der Deutsche Familien Verband, Landesverband Berlin e.V., für die Interessen und Sorgen von Familien einsetzt, ist eines deutlich geworden: Kinder und Familie sind nicht nur Privatsache, sondern unsere gemeinsame Verantwortung.

Für die geleistete Arbeit danke ich dem DFV und wünsche ihm weiterhin viel Erfolg zum Wohle der Menschen in unserer Stadt.



Klaus Böger
Senator für Bildung, Jugend und Sport

1. Die ersten 50 Jahre

Der Deutsche Familienverband (DFV) kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Bereits 1922 haben sich Frauen und Männer in allen Teilen Deutschlands zu einer Selbsthilfeorganisation kinderreicher Familien zusammengefunden. Unter dem Namen „Reichsbund der Kinderreichen“ wurde der Vorläufer des DFV in Berlin registriert.

Wichtigste Aufgabe war, den von Wohnungs- und Arbeitslosigkeit bedrängten Familien zu helfen und gemeinsam auch die Interessen politisch zu vertreten.

Innerhalb weniger Jahre wurde der Verband zum anerkannten Sprecher der größeren Familien, bis er während des Nazi-Regimes gleichgeschaltet wurde und sich das Engagement weitgehend auf persönliche Hilfen beschränken musste.

Neuanfang nach Kriegsende

Nach dem 2. Weltkrieg mussten die Interessen der Familie beim Aufbau des neuen Staates berücksichtigt werden. Deshalb gründeten sich in der jungen Bundesrepublik in vielen Orten erneut Familienorganisationen.

So auch in Berlin. Im Vereinsregister wurde unser Verband mit seiner Satzung am 21.04.1955 als „Bund der Kinderreichen“

eingetragen. Die engagierten ehrenamtlichen Vereinsmitglieder und Vorstände konnten in den ersten Jahren nach der Gründung des Verbandes nur geringe Fördermöglichkeiten zur Unterstützung von Familien erschließen. Die Zahl der Kinderreichen ging in den Nachkriegsjahren immer mehr zurück. Aber auch kleinere Familien benötigten eine Interessenvertretung, Beratung und praktische Hilfe. So änderte der Bund der Kinderreichen am 22.03.1963 seinen Namen folgerichtig in „Berliner Familienverband für die junge und kinderreiche Familie“. Eine etwas langatmige Bezeichnung, die ausdrücken sollte, dass man sich künftig als Interessenvertretung aller Familien betrachtete.

Familienpolitik in West-Berlin

Die politische Bedrohung Berlins Ende der 50er Jahre führte dazu, dass viele junge Menschen aus Berlin nach Westdeutschland abwanderten, um sich dort unter besseren Bedingungen eine Existenz aufzubauen. Diese Tendenz verstärkte sich nach dem Bau der Mauer 1961 und machte die Politiker im Westteil Berlins aufgeschlossen für Familienpolitik, allerdings in erster Linie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen und um die immer größere Überalterung in der Stadt abzuwenden. Junge Menschen

sollten in der Stadt bleiben, junge Menschen aus Westdeutschland nach Berlin kommen und hier gute Rahmenbedingungen für die Gründung einer Familie haben.

In dieser Zeit entstanden die ersten besonderen Hilfsangebote für Familien, die aus dem Öffentlichen Haushalt bezahlt wurden, z.B. Zuschüsse zur Familienerholung und zinsfreie Familiengründungsdarlehen.

Zusammenschluss der Familienorganisationen

Auf Bundesebene und in vielen Bundesländern hatten sich Ende der 60er Jahre der Bund der Kinderreichen und der Deutsche Familienverband zu einer Organisation vereinigt. Zwar gab es noch von jeder Organisation einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten - nun aber gemeinsam für den DFV.

Auch in Berlin wurde die Umbenennung in Deutscher Familienverband, Landesverband Berlin e.V., satzungsgemäß am 29.04.1975 vollzogen.

Familienhilfswerk betreibt Kinder-einrichtungen

Für die Beratung und praktische Hilfen für Familien gab es in Berlin und den meisten anderen Bundesländern das Familienhilfswerk e.V. als Schwesterorganisation des sich vorwiegend als Interessenvertretung betrachtenden DFV.

Die Vorstände waren identisch, jedoch waren den Vorstandsmitgliedern getrennte Aufgabengebiete zugeordnet. Im Jahre 1974 konnte der DFV Berlin von einem

großen Bauträger drei baulich den Vorschriften entsprechende und voll ausgestattete Kindereinrichtungen als Spende einwerben.

Berliner Landesvorsitzender wird Präsident des DFV

Der Bundesverbandstag in Bamberg im Mai 1975 wählte den damaligen Berliner Landesvorsitzenden Manfred Omankowsky gemeinsam mit Rudolf Charlier für drei Jahre zum Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Familienverbandes.

In den Folgejahren war das Familienhilfswerk Berlin nicht mehr in der Lage, die Eigenmittel für die Kindereinrichtungen aufzubringen. Die Kindereinrichtungen wurden vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPW) übernommen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes war damals wie heute die Interessenvertretung gegenüber Senat, Parlament, Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der Zusammenschluss der drei Familienorganisationen DFV Deutscher Familienverband, EAF Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und FDK Familienbund der Katholiken zur Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF) und die Verkündung eines familienpolitischen Programms im September 1972 sollte dies unterstützen. Mittlerweile haben sich in Berlin weitere in der Familienarbeit tätige Verbände der AGF (VAMV – Verband der allein erziehenden Mütter und Väter; Shia – Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender; ANE – Arbeitskreis Neue Erziehung; F.i.u.Z. – Familie in unserer Zeit) angeschlossen

und konnten so stärker Einfluss auf die Familienpolitik (z.B. durch Vertretungsberechtigung im Berliner Beirat für Familienfragen und im Landesjugendhilfeausschuss) nehmen.

Die praktische Hilfe für Familien bestand aus der Beratung durch fachkundige, ehrenamtliche Mitarbeiter in wichtigen familienrelevanten Fragen sowie der Organisation von Familienerholungsreisen, für die es seit 1967 Zuschüsse des Senats gab. Der DFV gab allein mit ehrenamtlichen Mitarbeitern jährlich Fördermittel des Senats in Höhe von über 200.000,- DM an einkommensschwache Familien für Erholungsreisen bis zur Finanzkrise 1996/97 aus.

Weg aus der Krise

Nach dem Rücktritt von Günter Wetter im Oktober 1980 stand der Vorstand des DFV, Landesverband Berlin, zum Jahreswechsel 1980/81 vor der Frage, den Verband in Berlin aufzulösen. 1981 wurde Manfred Omankowsky ein zweites Mal zum Landesvorsitzenden gewählt. Er stellte sich die Aufgabe, mit der noch vorhandenen Rücklage von 20.000,- DM den Versuch zu unternehmen, eine Landesgeschäftsstelle mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin einzurichten und sich um Zuwendungen des Senats und anderer Institutionen für eine Fortsetzung der Arbeit zu bemühen. Bis zu den Wahlen 1983 sollten die Weichen dafür gestellt sein.

Dieses Ziel wurde erreicht. Schon nach den ersten Kontakten mit dem Abteilungsleiter Familienpolitik bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und

Familie, Anfang 1982, wurde die Bereitschaft deutlich, dass der DFV eine finanzielle Förderung durch den Berliner Senat bekommen sollte. So war es möglich, zum 01.08.1983 Geschäftsräume in der Genter Straße 53 zu beziehen und ab 01.09.1983 eine Verwaltungsmitarbeiterin einzustellen.

Erste Schuldnerberatung in Berlin

Die im Juli 1983 beantragte Aufnahme in den DPW konnte erst nach einigen Satzungsänderungen im September 1983 erreicht werden. Dies war eine Voraussetzung für die beabsichtigte Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle. Die Schuldnerberatungsstelle des DFV begann ihre Arbeit am 1. Oktober 1984 mit einem Sozialarbeiter und einer Halbtagskraft. Beim Aufbau dieser ersten Schuldnerberatungsstelle in Berlin hat Ulrich Simanski Pionierarbeit geleistet. Die Personal- und Sachkosten waren durch die finanzielle Förderung der Stiftung Hilfswerk Berlin gesichert. Es gab von Beginn an eine enge Kooperation mit der Verbraucherzentrale und der etwa zur gleichen Zeit gegründeten „Stiftung Hilfe für die Familie“. In den Vorstand dieser Stiftung wurde der Vorsitzende des DFV als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände berufen.

Wegen der steigenden Nachfrage musste die Kapazität der Schuldnerberatungsstelle schon bald erweitert werden. Im April 1987 waren bereits 4 Sozialarbeiter und eine Verwaltungskraft in diesem Bereich tätig. Die zusätzlichen Kosten wurden neben ABM-Mitteln durch die Stiftung Hilfswerk Berlin aufgebracht.

Seit 1989 wurde unsere Schuldnerberatungsstelle auch von der Senatsverwaltung für Soziales gefördert. Dadurch konnten Mittel der Stiftung Hilfswerk Berlin für ein erweitertes Angebot an Prävention und Fortbildung eingesetzt werden, das nach Wegfall der Stiftungsmittel 1994 und nach der Verteilung der Fördermittel für Schuldnerberatung auf die Bezirke 1998 in wesentlichen Bestandteilen eingestellt werden musste. Nach der ersten Kürzungswelle bei den Zuwendungsmitteln 1996/97 kam hinzu, dass Mittel aus dem Jugendetat ebenfalls nicht mehr für Prävention im Schuldnerberatungsbereich zur Verfügung standen. Darüber hinaus führte diese Finanzierungskrise 1996 zu zeitweiligen Einschränkungen des Beratungsangebotes durch Reduzierung der Arbeitszeit der Mitarbeiter. 1997 konnte dann die Arbeit wieder im Vorjahresumfang aufgenommen werden, allerdings ist es nicht mehr gelungen, die Präventionsarbeit über einzelne Veranstaltungen hinaus wieder aufzunehmen. 1991 konnten wir eine zweite Beratungsstelle im Ostteil der Stadt aufbauen, mussten diese Einrichtung aber nach zwei Umzügen im Bezirk Mitte 1997 wieder schließen, da in diesem Jahr die Fördermittel nicht ausreichten, um zwei Standorte zu finanzieren.

Wachsende Aufgaben für den DFV

Die Erweiterung der Aufgaben des Verbandes in den Bereichen Schuldnerberatung, aber auch Familienerholung und Familienbildung, machten es notwendig, dass schon Ende 1986 die Geschäftsstelle die Räume im Erdgeschoß des Hochhauses Genter Straße und ab Mitte

1989 zusätzlich Räume in der 1. Etage bezog. Sach- und Geldspenden von Ämtern, Firmen und anderen Institutionen ermöglichten die notwendigen Beschaffungen an Möbeln und Bürotechnik. Aus den vielen Aktivitäten des Verbandes sollen hier nur die Familienfreizeiten mit Bildungsangebot und der 1986 mit großem Erfolg durchgeführte Journalisten-Wettbewerb zum Thema „Probleme und Chancen der Familien in der Großstadt“ erwähnt werden, der aus Mitteln der „Aktion für ein familienfreundliches Berlin“ finanziert wurde.

Die schon seit 1984 in Kellerräumen untergebrachte Kleiderstube zog Anfang 1988 in freundlichere und größere Räume in die Triftstraße 67 um. Viele Tausend einkommensschwache Familien haben ihre Garderobe mit gut erhaltener Kleidung ergänzen können.

Angebote für Aus- und Übersiedler

Der DFV hat immer die Notwendigkeiten sozialer Aufgaben für Familien erkannt und kurzfristig Beratungs- und Hilfsangebote geschaffen. So wurde im Zeitraum 1988 bis 1999 eine spezielle Beratung und Information für Aus- und Übersiedler angeboten. Im März 1989 übernahm der DFV auch die Beratung und soziale Betreuung für die im Paul-Hertz-Heim untergebrachten Aus- und Übersiedler. Neu ausgebaute Räume für die Beratung und Kinderbetreuung konnten im Oktober 1990 in der Antwerpener Str. 40 bis zum Abschluss des Aussiedlerwohnheimprojektes im April 1999 genutzt werden. Ende 1999 wurde auch das Beratungsprojekt für Aussiedler eingestellt.

Nach dem Fall der Mauer

Gleich nach Öffnung der Mauer wurden erste Kontakte zu Bezirksämtern im Ostteil der Stadt und zu den neu gegründeten Landesverbänden des DFV in den neuen Bundesländern aufgenommen. Schon bald - im November 1991 - richtete der DFV die erste Familien- und Schuldnerberatungsstelle im Bezirk Mitte ein.

Durch personelle Expansion reichte das zunächst bezogene „Großraumbüro“ im „Haus der Jugend“, Unter den Linden, bald nicht mehr aus. Im August 1992 zogen wir in die Liniestraße, im Mai 1994 wegen der dort beginnenden Umbaumaßnahmen ins Gewerkschaftshaus, Märkisches Ufer 28, um. Auf Grund finanzieller Kürzungsmaßnahmen und um Mietkosten einzusparen, wurde die Einrichtung am Märkischen Ufer Ende März 1998 eingestellt und die Beratungsarbeit im Wedding konzentriert.

Umzüge der Geschäftsstelle 1994 und 1999

Auch das Haus in der Genter Straße wurde saniert und umgebaut, so dass wir im Juni 1994 unsere Geschäftsstelle in andere Räume der Bürgermeister-Reuter-Stiftung, in die Antwerpener Straße verlegen mussten. Hier befand sich schon seit einigen Jahren unsere Beratungsstelle für Aussiedler und zeitweise auch die Kleiderstube. Ende August 1999 zogen wir – ebenfalls auf Grund von Umbaumaßnahmen, diesmal in der Antwerpener Straße – zurück in die Räume in der Genter Straße 53.

Familienbildung wird verstärkt – Familienberatung wird zum Kooperationsmodell

Unser Angebot an Bildungsseminaren und Familienfreizeiten wurde 1993 aus Mitteln des vom Senat beschlossenen Programms „Jugend mit Zukunft - Sonderprogramm gegen Gewalt „ erheblich und mit anerkanntem Erfolg für 3 Jahre erweitert. Im Rahmen unserer Familienarbeit, mit einem Schwerpunkt in der Familienbildung, wurden Mutter-Kind-Kuren vermittelt und Gruppenarbeit mit Familien angeboten.

1996 konnten wir mit Mitteln der Jugend- und Familienstiftung Berlin ein Mutter-Kind-Kurprojekt mit einer zusätzlichen Mitarbeiterstelle aus der Taufe heben. Dieses Projekt trug dazu bei, einen langfristigen Kurerfolg zu sichern, indem die Teilnehmerinnen auf ihre Kuren vorbereitet wurden und im Anschluss nachbetreut wurden. Das Projekt konnte nach Auslaufen der Projektmittel nur noch in Teilen fortgesetzt werden, obwohl die Nachfrage gestiegen war. Dies hing auch mit der restriktiven Sparpolitik der Kostenträger zusammen, die bis heute andauert.

1997/98 wurden die Angebote der Familienbildung wieder eingeschränkt, weil die Fördermittel der Senatsverwaltung gekürzt wurden. Seitdem haben wir die Kooperation und den Einsatz von Drittmitteln verstärkt. Bis zum Jahre 2004 konnten wir beispielsweise die Kooperationen mit 12 Kindertagesstätten aufbauen.

Nachdem wir seit 1991 ein integratives Modell von Familienbildung, -erholung und -beratung verfolgten, wurde nach einer ersten Kürzungswelle 1996/97 eine stärkere Trennung der Bereiche notwendig. Die Erziehungs- und Familienberatung (EFB) wurde auf Grund eines Senatsmodells neu strukturiert und auf 12 Bezirke zugeschnitten. So kooperierte die EFB mit zwei hauptamtlichen Psychologinnen mit dem Diakonischen Werk Reinickendorf, das auch die Organisation des Projektes in Reinickendorf übernahm.

Die dritte Säule der Familienarbeit ist die Familienerholung, die der Verein seit seiner Gründung betreibt. Unbestritten ist, dass ein gemeinsamer Familienurlaub den Zusammenhalt von Familienmitgliedern festigt und gemeinsame Erfahrungen auch die Erziehungskompetenz der Eltern stabilisieren. Dies gilt umso mehr, wenn Familienerholungsmaßnahmen einen Bildungsanteil enthalten. Die Familienerholungsmittel des Senats wurden im Zuge der o.g. Kürzungswelle seit 1996 so stark eingeschränkt, dass nur noch wenige Familien Zuschüsse erhalten können. Auch hier müssen wir in Zukunft weiter und mehr Drittmittel einwerben.

Schon 1985 entwickelte der DFV Berlin Pläne, ein Haus der Familie zu errichten, um alle Angebote für Familien unter einem Dach zu vereinen und möglichst mit einer Kindertageseinrichtung zu verbinden. Nachdem 1997 in zwei Jahreshauptversammlungen darüber diskutiert wurde, ob für neue Projekte nicht besser eine

gGmbH ausgegliedert werden soll, wurde auch das „Haus der Familie“, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion um Sozialräume im Jugend- und Familienbereich bzw. um die Übernahme städtischer Kindertageseinrichtungen durch Freie Träger, wieder in die Wunschliste des Vereins aufgenommen. Nachdem ein zwischenzeitlicher Lösungsversuch über die Gründung einer Stiftung sich als nicht umsetzbar erwies, definierte der jetzige Vorstand nach seiner Wahl im Juni 2003 sowohl Ziele für eine Familienarbeit neu als auch geeignete Organisationsformen für deren Umsetzung. Geeignete Räumlichkeiten werden gesucht. Dies bleibt als eine der Aufgaben für die neue Wahlperiode des Vorstands bestehen.

Schuldnerberatung nach Einführung der neuen Insolvenzordnung und Verteilung auf bezirkliche Standorte

Mit dem Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung kamen 1999 Veränderungen in Form einer räumlichen Aufteilung unseres bisher zentralen Beratungsangebots auf mehrere Berliner Bezirke auf uns zu. Damit war eine Steigerung der Zahl der Fachberater/innen um das 2 1/2 -fache verbunden. Seither sind wir mit dem Angebot der Schuldner- und Insolvenzberatung in Reinickendorf, Mitte-Tiergarten und Steglitz-Zehlendorf, mit der Mietschuldnerberatung im Rahmen des GeSoBau-Projekts zusätzlich in Mitte-Wedding und Pankow tätig:

1. Reinickendorf (Hauptstelle):

Am Nordgraben 1 (seit 15.11.1998)

2. Reinickendorf (Nebenstelle):

GeSoBau-Projekt (seit 1.4.1998),
Wilhelmsruher Damm 159 (seit 1.6.1999)

3. Mitte (Tiergarten):

Turmstraße 22 (in Kooperation mit
Bezirksamt seit 1.12.1998)

4. Steglitz-Zehlendorf:

Am Fichtenberg 25
Postadresse: Schlossstr. 80 (in Koopera-
tion mit Bezirksamt seit dem 1.3. 1999),

5. Mitte (Wedding):

GeSoBau-Projekt: Nebenstelle Wedding
Genter Straße 53 (seit 1.7.1999)

6. Pankow:

GeSoBau-Projekt: Nebenstelle Pankow
Stiftsweg 1 (seit 1.11.2004)

Seit 1999 ist es gelungen, die Arbeit an diesen Standorten zu stabilisieren, neue Mitarbeiter/-innen zu integrieren und die im Zusammenhang mit der Einführung der Insolvenzordnung notwendigen fachlichen Ergänzungen abzuschließen. Alle Arbeitsplätze in diesem Bereich sind mit computergestützt, vernetzt und mit Email-Anschlüssen ausgestattet.

Zum Dezember 2001 trat die letzte Insolvenzrechtsreform in Kraft, die zu erheblichen Steigerungen der Verbraucherinsolvenzen und Restschuldbefreiungsverfahren natürlicher Personen führte. Die bislang größte Zugangshürde „Massekostenvorschuss“ wurde mit Einführung des Kostenstundungsmodells beseitigt und eine große Anzahl ehemals Selbstständiger (mit mehr als 19 Gläubigern oder Forderungen aus Arbeitsverhältnissen) ist durch Neuregelung des § 304 InsO jetzt dem Regelinsolvenzverfahren zugeordnet.

Das „Gesobau-Projekt“

Nach einer für uns erfolgreichen Ausschreibung und langer Verhandlungszeit konnte am 1. April 1998 am Senftenberger Ring 42 N im Märkischen Viertel (Reinickendorf) eine spezielle Beratungsstelle für Mieter der GeSoBau eröffnet werden. Der GeSoBau kam es als Wohnungsbaugesellschaft zum einen auf einen Ausgleich von Mietrückständen an. Zum anderen war es ihr aber wichtig, dass alle schuldnerspezifischen Probleme gelöst werden, da nur so dauerhaft ein problemfreieres Mietverhältnis zu sichern ist. Die GeSoBau finanzierte 1998 zunächst eine Mitarbeiterstelle sowie anteilig eine Verwaltungskraft.

Im Mai 1999 zogen wir in unsere Räume am Wilhelmsruher Damm 159 um. Jeder Berater hatte nunmehr ein eigenes Büro zur Verfügung. Die Beratungsstelle wurde auch personell um eine Mitarbeiterstelle erweitert. Außerdem wurde eine Schuldnerberaterin für den Wedding ab 15.06. 1999 eingestellt.

Im November 2004 wurde eine weitere Beratungsstelle mit 3 Mitarbeiterinnen im Bereich Pankow für GeSoBau-Mieter eröffnet. Seit November 2004 beschäftigen wir im Bereich der Mietschuldnerberatung insgesamt 8 Personen. Somit ist dieses Angebot eines der erfolgreichsten Projekte des Deutschen Familienverbandes.

Schuldnerberatung im Fallmanagement im Bezirk Mitte

Die Schuldnerberatung im Fallmanagement (der gemeinsamen Anlaufstelle des Sozial- und Arbeitsamtes) hatte mit einer

zusätzlichen Beraterstelle im August 2003 ihre Arbeit begonnen. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle in Tiergarten teilt sich diese Beraterstelle mit der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Caritas in Mitte.

Die Schuldnerberatung im Fallmanagement ist als Vorlaufprojekt hinsichtlich der späteren Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Jobcenter zu verstehen und es ist zu erwarten, dass im Laufe des Jahres 2005 diese Zusammenarbeit in den neu aufzubauenden Jobcenter im Bezirk Mitte integriert werden wird.

Wegen dem hohen Bedarf im Bezirk Mitte, insbesondere in Bezug auf Sozialhilfeerstantragssteller im Alter bis zu 25 Jahren, hat sich die Bezirksverwaltung entschlossen, ein Projekt „Fallmanagement“ bereits vor der Einrichtung von Jobcentern aufzubauen. Hier soll insbesondere versucht werden, jüngere Sozialhilfeempfänger durch Bereitstellung unterstützender Angebote in den Arbeits-

alltag zu integrieren. Schuldnerberatung ist ein Angebot, das nachhaltig helfen kann, Vermittlungshemmnisse abzubauen.

2005

Nachdem die ersten 29 Jahre des Landesverbandes Berlin ausschließlich von ehrenamtlicher Arbeit und der Interessenvertretung für Familien geprägt waren, wurde im Verlauf der letzten 21 Jahre aus der innovativen Idee – professionelle Schuldnerberatung - eines kleinen Trägers der freien Wohlfahrtspflege ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Sozialen Arbeit in Berlin. Eine solche Expansion, die viele geänderte Rahmenbedingungen überstanden und mitgestaltet hat, konnte durch das besondere Engagement eines ehrenamtlichen Vorstands, einer kompetenten Geschäftsführung und motivierter Mitarbeiter/innen gemeistert werden. Heute sind beim Deutschen Familienverband 33 Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon sind 24 im Bereich Schuldner- und Insolvenzberatung (17 Fachberater/innen; 7 Verwaltungskräfte) eingesetzt.

2. Familienpolitische Forderungen des Deutschen Familienverbandes e.V. an die Politik

Der Deutsche Familienverband (Bundesverband) engagiert sich seit 1922 für eine Politik, die die Familien in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellt und die von den Familien erbrachten Leistungen anerkennen soll. Dazu hat der Bundesverband des DFV Leitlinien entwickelt, die durch einige landpolitische Forderungen ergänzt sind:

Familienpolitische Forderungen des DFV an die Politik

- Politik für Familien ist Politik für das Leben und für eine Kultur der menschlichen Zuwendung und Solidarität.
- Politik für Familien ist Politik für die ganze Familie als rechtsverbindliche Verantwortungsgemeinschaft.
- Politik für Familien ist Gesellschaftspolitik.
- Politik für Familien ist Politik für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland!

Steuergerechtigkeit und Familienleistungsausgleich

Eltern investieren durch Erziehung der nächsten Generation von Beitragszahlern und Arbeitskräften ins Humanvermögen und in die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Sozialstandortes Deutschland. Sie haben Anspruch auf einen Ausgleich für ihre Leistungen. Bisher wurden

hier noch nicht einmal die Vorgaben des Bundesverfassungsgericht umgesetzt.

Für Familien mit hohem Einkommen muss das Kindergeld durch Verrechnung mit dem Steuerfreibetrag lediglich eine Steuerrückzahlung garantieren. Für Familien mit geringem Einkommen muss mit dem Kindergeld eine existenzsichernde Höhe erreicht werden, die vor dem Abrutschen in die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen bewahrt.

Familiengerechte Alterssicherung

Kindererziehung muss der Beitragsleistung zur Rentenversicherung gleichgestellt werden. Wer den Mut zu einer echten Rentenreform haben will, muss die Leistungs- und Beitragsgerechtigkeit für Familien schaffen und die Rentenversicherung auf eine breite solidarische Finanzierungsgrundlage stellen.

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben

Der DFV fordert die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf. Dazu gehört die Forderung nach der Einlösung des für 1996 garantierten Anspruchs auf einen Kindergartenplatz, Schaffung von bedarfsgerechten Öffnungszeiten in Kitas, Schulhorten u.s.w., die Förderung von differenzierten Angeboten der Kinderbetreuung, flexible, familienfreundliche Arbeitszeit-

regelungen sowie Schaffung ausreichender Teilzeitarbeitsangebote, sowie nicht zuletzt angemessene Orientierungs- und Wiedereingliederungshilfen für Eltern bei der Rückkehr in den Beruf.

Erziehungsgeld und Elternzeit

Erziehungsgeld und Elternzeitsollen die persönliche Wahlfreiheit für Familien garantieren. Es muss Eltern möglich sein, sich während der ersten Lebensjahre des Kindes ohne eine volle Berufstätigkeit der Kindererziehung zu widmen und später wieder in den Beruf zurückzukehren. Angesichts der geringen Höhe des Erziehungsgeldes und der Gefährdung des beruflichen Wiedereinstieges ist diese Wahlfreiheit leider nur eine Illusion.

Der Familienverband fordert eine Erhöhung des Erziehungsgeldes auf 600 Euro und seine Dynamisierung, die Berücksichtigung von existenzgewährenden Freibeträgen bei der Einkommensgrenze ab dem 7. Monat.

Bildung und Betreuung

Kinder brauchen Zeit, Zuwendung und individuelle Förderung. Dies erfordert altersgerechte Betreuungs- und Bildungsangebote, die sich am Wohl der Kinder orientieren. Der Kindergarten ist ein zentraler Teil des sozialen Lernens und spätestens ab dem 5. Lebensjahr unverzichtbarer Teil der vorschulischen Bildung. Im Grundschulbereich muss als Mindestanforderung eine verlässliche Halbtageschule zwischen 8 und 14 Uhr angeboten und durch Hortbetreuungsangebote flankiert werden. Für Eltern muss ein flächendeckendes Netz an Familien-

bildungsangeboten entwickelt und ausgebaut werden, um Möglichkeiten zu erhalten, ihre Erziehungskompetenz zu entwickeln und zu stabilisieren, sowie Austausch mit anderen Eltern vornehmen zu können.

Familiengerechte Wohnungspolitik

Bezahlbarer Wohnraum gehört zum lebensnotwendigen Existenzminimum gerade von jungen Familien. Für uns gilt der Grundsatz: So viel Wohneigentum wie möglich, soviel Mietwohnraum wie nötig. Wohneigentum schafft Freiräume, gibt Selbstbewusstsein und ist eine Absicherung fürs Alter. Die Wohnungspolitik muss sich zu einer prioritären Förderung von geeignetem Wohnraum für Familien bekennen.

Wohnumwelt für Familien

Wir fordern eine familien- und kindgerechte Wohnungs- und Städteplanung, die dafür Sorge trägt, dass sich Kinder ohne Wohnkonflikte entfalten und in einem lebendigen Wohngebiet leben können.

Hilfen für Familien in wirtschaftlicher Not

Das Angebot an Beratung über den Umgang mit Geld und Finanzdienstleistungen für insbesondere junge Menschen sowie das Angebot an Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen muss gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Politik sollte Anstrengungen unternehmen, finanzielle Allgemeinbildung auf breiter Front möglich zu machen.

Familien und Medien

Wir fordern eine Medienpolitik, die die Interessen der Familien als Konsumenten der Medien berücksichtigt und ihnen gleich-

zeitig eine aktive Beteiligung bei der Kontrolle von Programmen und der Gestaltung des Programmrahmens ermöglicht.

Familien in Europa

Wir erwarten, dass sich alle Institutionen der EU dafür einsetzen, dass die Familie ihrer Bedeutung gemäß stärker in den Vordergrund des sozial- und gesellschaftlichen Wirkens der Union gestellt wird.

Die komplette Broschüre „Politik für Familien“ ist unter www.deutscher-familienverband.de abrufbar bzw. als Druckexemplar in der Geschäftsstelle erhältlich.

3. Mitwirkung in Gremien

Auf Landesebene gilt es, sowohl über die Landesregierung und den Bundesrat auf die Bundesgesetzgebung als auch auf Landesgesetze und -verordnungen und deren Ausführungsrichtlinien einzuwirken.

Der DFV arbeitet in vielen Gremien, die sich für eine Besserung der Lebensbedingungen von Familien einsetzen.

Dazu gehören:

- Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF), zu deren Gründungsmitgliedern der DFV im Jahre 1972 gehörte.
- Landesjugendhilfeausschuss (Geschäftsführer durch AGF gewählt)
- Der Berliner Beirat für Familienfragen

bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport

- Die Landesarbeitsgemeinschaft für Schuldnerberatung, in der der Geschäftsführer des DFV Berlin Vorsitzender ist.
- Der Arbeitskreise Soziales und Familienarbeit des DPW
- Paritätische Qualitätsgemeinschaft (Familienbildung)
- Landesarbeitsgemeinschaft Familienbildung

Aufgabe dieser Gremien ist es u.a., familienpolitische Konzepte zu erarbeiten und Vorschläge der Verwaltung zu familiengerechten Regelungen zu beraten und durch Öffentlichkeitsarbeit Verständnis für die Probleme der Familien zu wecken.

4. Landesvorstände

Die Landesvorsitzenden des DFV Berlin seit dem 21. April 1955:

	Gewählt im Jahre:
Heinrich Hopp	1955
Manfred Omankowsky	1974
Horst Kube	1976
Günter Wetter	1976
Manfred Omankowsky	1981
Jannis Manoloudakis	1999
Eva Jensen	2001

Der bis 2005 gewählte Landesvorstand Berlin:

Landesvorsitzende:	Eva Jensen
Stellv. Landesvorsitzender:	Robert Schlink
Schatzmeisterin:	Christiane Winter
Beisitzer/innen:	Inge Wyschkon Waltraud Enkirch Karl Enkirch Heike Wigglinghaus
Kassen- u. Rechnungs- prüfer/innen:	Stephan Omankowsky Ilka Schwarz
Schiedsausschuss:	Dieter Schmidt-Jans Christel Timm Bettina Schulze-Mehmood
Geschäftsführer:	Martin Leinweber



Deutscher Familienverband

Der Familie verpflichtet

Landesverband Berlin e.V.

Unsere Anschrift:

Deutscher Familienverband, Landesverband Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle

Genter Straße 53

13353 Berlin-Mitte

Tel.: (030) 453 00 10

Fax: (030) 453 00 114

E-Mail: DFV.Berlin@web.de

www.Deutscher-Familienverband-Berlin.de

Unsere Angebote:

- Schuldner- und Insolvenzberatung
- Familienbildung
- Erziehungs- und Familienberatung
- Familienerholung
- Mutter-Kind-Erholung/Kur
- Freizeitangebote
- Kleiderstube

Wir vertreten die Interessen von Familien gegenüber Senat, Bezirken, Politik und Gesellschaft.